

Der dritte Teil seiner Trilogie, „l'Enquete“ behandelt, wie der Titel zeigt, in der Form einer Untersuchung, die Lebensbedingungen des elenden durch Kirche und Alkohol demoralisierten Textilarbeiter in Roubaix.

Aufklärerisch oder tendenziös im wahren Sinne ist auch diese letzte Arbeit Hamp's ganz und gar nicht. Keine Theorien und keine Deklamation, keine donnernden Anklagen gegen den Kapitalismus und ebensowenig ein übertriebenes oder imaginäres proletarisches Heldentum. Nichts von dem. Mit furchtbarem Ernst, mit bitterem Sarkasmus, mit erschütterndem Mitleid werden Tatsachen dargestellt, Lebensverhältnisse geschildert. Unter der kühlen sachlichen Form, so wie „Le Rail“ hat auch „l'Enquete“ völlig den Charakter einer Vorstudie zu späteren Arbeiten, raft der heftige Zorn über die gesellschaftliche Unterdrückung, die herzlose Gewinnucht der Fabrikanten, die Heuchelei der frommen Philantropen, die abscheulichen Praktiken der Mietenjäger und der Verkäufer von Alkohol, große und kleine, welche alle zusammen sich vereinen, um das Volk zu vergiften, bis zu den „Militanten“ der Partei und der Gewerkschaften. Hamp schont nichts und niemanden in seiner Darstellung der gräßlichen Wahrheit, auch nicht die Führer eines „sogenannten Sozialismus“, der es nicht weiter bringt als zur antiklerikalen Wahlkampagne, oder zur leeren Deklamation gegen die Lohnherren. Und man hört in tiefster Tiefe seine Seele klagen und sich ängstigen, bange fragend, wie diese degenerierte Masse je auferstehen wird zu vernünftigen Wollen, Selbstzucht und Empörung. Die Gewisheit des Sozialismus leuchtet nicht sanft und trostvoll über der Arbeit Hamp's. Dazu sah er zu scharf, zu schonungslos und war sein Thema zu speziell, waren die proletarischen Massen in Nordfrankreich, inmitten welcher er als Arbeitsinspektor lebte, zu tief herabgesunken in Trunksucht und Gleichgültigkeit, Roheit den Menschen, Grausamkeit den Tieren gegenüber, waren sie zu jämmerlich zerrütet und pauperisiert.

Ohne Erbarmen hat Hamp die Lebenssphäre des tiefsten Elends dargestellt, worzwischen nur vereinzelt ein Schimmer von tapferem Kampf, Solidarität und Standhaftigkeit gegen Unrecht aufglüht. Seine Worte sind schneidend wie scharf gewetzte Messer, durchsichtig und hart wie Bergkristall. Romain Rolland wird neben ihm so wohl wichtig wie leer.

Aber die peinlich unbarmherzige Darstellung des Lebens dieser abgequälten Proletarier wird doch von einem Lichtschein umleuchtet: das geweihte Licht des Heroismus der Arbeit. Nicht an erster Stelle als Kämpfer hat Hamp den Arbeiter darstellen wollen, sondern als Erhalter des gesellschaftlichen Lebens. Am besten kann man ihn vielleicht mit Meunier vergleichen. Und das ist das kräftige und tiefpathetische in seinen Worten: der schauerhafte Gegensatz zwischen jener Rolle der Arbeit die Welt zu ernähren und zu erhalten und dem greulichen Lebensschmerz und Lebenshohheit der Arbeiter selbst.

Dieser pathetische Charakter zeigt sich in den Tatsachen und einfachen Beschreibungen, nicht in irgendwelchen Argumentationen des Verfassers. Der Charakter von Hamp's Arbeit ist unpersönlich, wie die Arbeit Flauberts, wovon sie in geistiger Linie abstammt, unpersönlich ist. Nur in „l'Enquete“ nimmt der Autor in der Person des Soziologen, der diese Untersuchung leitet, manchmal selbst das Wort. Der beherrschte unermessliche Haß gegen den Kapitalismus, der ihn trieb und der heilige Zorn, der ihn begeisterte, kommt zum Ausdruck in der folgenden Betrachtung, welche man „das Gebet des Aufständischen“ nennen könnte, eine der wenigen Stellen in der Arbeit Hamp's, wo er lyrisch wird.

Die Augen auf den bleibenden Schatten durchbohrte der Untersucher mit einem Ausruf die Finsternis: O Licht!

Dann vereinsachte er:

— Gott — als Empörung anwesend in dem Elend der Welt. Indem er stand, war es ihm, als ob er emporschwam bis seine Stirn die Ewigkeit berührte.

Welcher Bertilger, göttlich erbarmungslos, wird kommen über diese Abscheulichkeiten. Ein Lebensgewimmel, worin das Leiden fortdauert. Ein Menschenkot, von Menschen bearbeitet. Und darin betet man laut zu dir, um die Gerechtigkeit nicht mehr reden zu hören. Gib diesen deinen Geist von Aufständigkeit und die Freude, lieber sterben zu wollen in furchtlosem Lachen, als unter Schluchzen und Flehen zu leben. Zu sterben, tausend der Gebungen, damit einer überlebe, hoch das Haupt, und das Geschlecht der Befreiten erzeuge, göttlich in eingesehter Gerechtigkeit.

Oder laß diese Welt stürzen durch eine jagende Himmelskugel. Bertilger, wenn wir für alle Ewigkeiten Seelendünger sind um das Gebet zu nähren, Leibdünger um die Reichen zu mästen.

O Geist, träum eine Welt, in welcher nicht anders möglich ist als Gerechtigkeit oder der Tod.

Pierre Hamp, dieser scharfsichtige Geist, der das Wesen des Kapitals doch so gut erkannte, hat leider nicht zu denjenigen gehört, welche mit Merheim und Monatte dem revolutionären Sozialismus treu blieben, als die große Prüfung kam. Auch er ist erlegen! In seinen während des Krieges erschienenen Schriften — Zeitungsartikel zu zwei Broschüren verarbeitet — ruft er nicht auf zum Kampf gegen die eigne Bourgeoisie, aber zum Aufbieten der ganzen Volkskraft im Dienste der „nationalen Zwecke“. Der Nationalismus nahm bei ihm eine eigne Form an: die Verherrlichung der Arbeiter, welche in Nord-Frankreich ihre Arbeit in den Fabriken unter den Granaten der deutschen Kanonen fortsetzen und der Frauen, welche die schwerste Arbeit in der Munitionsfabrikation mit Edelmut leisteten. Auch während der Schlachten fuhr er fort die heroische Rolle der Arbeit zu würdigen. Aber nicht als revolutionärer Sozialist würdigte er sie, sondern als Nationalist.

Ueber Romain Rolland sprechen alle. Seine Arbeit ist in mehreren Sprachen übersezt, über sein Kommen und Gehen berichten die Zeitungen.

Pierre Hamp aber kennen außerhalb seiner Heimat nur wenige und sogar vor dem Kriege waren seine Werke in Paris nicht leicht zu erhalten. Und doch ist er als Schriftsteller unserer Ansicht nach Rolland gleich zu stellen.

Es ist nicht schwer zu fassen, weshalb der Ruf den Namen des Verfassers von „Jean Christophe“ soviel weiter getragen hat, als den des Darstellers der „Mühsal der Menschen“. Rolland ist ein Ideolog, ein typischer Künstler jener kleinen Gruppe von Intellektuellen, welche die brennenden Wahrheiten der imperialistischen Aera nicht sehen können oder sehen wollen und den kosmopolitischen Idealen einer vergangenen Periode treu bleiben. Mit eindringender liebevoller Intuition vertieft er sich in das Gemütsleben des Einzelnen aber von sozialem Denken und sozialem Begriff findet sich in seinen Arbeiten kaum eine Spur.

Hamp ist ein realistischer Denker, ein typisch-proletarischer Künstler. Er denkt völlig sozial, d. h. fortwährend fühlt er den Zusammenhang zwischen dem psychischen Leben der Menschen, ihrem Denken und Wirtschaften und den Arbeitsverhältnissen, den gesellschaftlichen Verhältnissen, in welchen sie leben. Für Degradation des Proletariats macht er die Bourgeoisie direkt verantwortlich. Und dies, mehr noch als die aufrichtige ungeschmückte Darstellung der Lebenshülle, die ihr Klasse-Egoismus schafft und verteidigt, ist mehr als die Bourgeoisie ertragen kann.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

# Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 29

Erscheint wöchentlich einmal.  
Redaktion u. Expedition:  
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 21. Juli 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch  
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,  
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

## Inhalt:

Die demokratische Woge	217
Die kleinen Nationen und die Landesverteidigung	218
In den Krallen des französisch-englischen Imperialismus	219
Holland in Not	221
Aus unserm politischen Tagebuch	222
Feuilleton:	
Eine internationale Utopie	223
Ein Zwiegespräch	224

## Die demokratische Woge.

Verfassungskrise im Reich, Zusage des gleichen Wahlrechts in Preußen, ein neuer Reichskanzler, Vorbereitung eines Koalitionsministeriums mit parlamentarischer Kontrolle.

Uns scheint zwischen diesen Vorgängen ein Zusammenhang zu bestehen, und diese Auffassung wird sofort begründet durch die wiederholten Mahnungen zu schneller und gründlichem Arbeiten, die nach den spärlichen Mitteilungen über die Verhandlungen im Reichstagsauschuß erhoben wurden mit der Begründung, dadurch allein könne eine weitere Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden. In der Tat erweist sich hier wieder unsere Auffassung vom Parlamentarismus als richtig. Nicht die Zusammensetzung des Reichstages, nicht die Qualität der Reden, nicht die Geschicklichkeit der Männer, die als Vertreter des Volkes gelten, sind ausschlaggebend für den Lauf der Politik, sondern die tatsächlichen Machtverhältnisse der einzelnen Klassen und Gruppen draußen. Auch die Grundsätze der Verfassungen, die Bestimmungen der Geschäftsordnungen wirken nur solange, als sie der Machtgruppierung innerhalb des Volkes genügen. Deshalb konnte sich, als mit Ausbruch des Krieges alle wirkliche Macht auf das Militär überging und sich der Kriegspolitik kein erheblicher Widerstand entgegenstemmte, eine fast unbeschränkte Militärrherrschaft durchsetzen, gegen die alles Reden im Reichstage nichts half. So auch in der Verfassungsfrage.

Das Versprechen einer Neuorientierung war eine rein platonische Liebeserklärung an das Volk und, gewißigt durch die Erfahrungen mit dem Reformversprechen Friedrich Wilhelms des Dritten in den Jahren 1813 bis 1815, entsetzte man sich haß darüber, wie sich die Konfuln der Partei dem Genuß der Illusionen ergaben. Jede Debatte im Reichstag und in den Landtagen und Parlamenten der Einzelstaaten brachte neben schönen Reden stets eine der glatten Abfrage gleichkommende Betröstung

auf die Zeit nach dem Kriege. Bis dann die Volksstimmung stärker und stärker zum Ausdruck kam und immer deutlichere Zusagen erreichte, die nun sogar bis zum kaiserlichen Bekenntnis für das Reichstagswahlrecht in Preußen gediehen sind.

Aber damit sollte man ja wohl anerkennen, daß das Hamburger „Echo“ durchaus gerechtfertigt worden sei ob seines Sauchzens: Herrlichen Zeiten gehen wir entgegen, Großes ist schon geworden, Größeres wird werden! Es ist kein Zweifel, die letzte Woche hat die oft getäuschten Hoffnungen im Volke wieder mächtig ins Kraut schießen lassen. Klaren Kopf, hier wie überall! Was ist mit dem preußischen Wahlrecht? Fast schien es so, als wollte der Reichstag die Fragen der Landtagswahlrechte lösen. Das hätte eine klare Entscheidung bringen müssen. Der Reichstag hätte jetzt zeigen müssen, ob er wirklich eine gründliche Demokratisierung der Verfassungen in den Einzelstaaten und damit einen entscheidenden Schritt zur Reichseinheit wollte. Da kam, nachdem kurz vorher die Regierung in nicht mißverständlicher Weise das gleiche Wahlrecht abgelehnt hatte, das Versprechen, dem Landtage noch vor Ablauf seiner Legislaturperiode eine Vorlage auf Grund des Reichstagswahlrechts zu machen. An einem Kaiserwort soll man nicht drehen und deuteln. Nehmen wir also als bestimmt an, daß die Vorlage kommt. Schon jetzt rechnet man aus, daß eine sichere Mehrheit dafür vorhanden ist, wenn auch nur von wenigen Stimmen. Es wird mit den Nationalliberalen und dem Zentrum gerechnet, die in dieser Frage vollkommen unzuverlässig sind und die noch genug Zeit zur Abkühlung haben. Kommt Zeit, kommt Rat, sagen sich die Herren. Wird die Volksbewegung abflauen, dann kommt bei der Sache nichts als eine Scheinreform heraus.

So viel wir sehen, ist in der ganzen Presse auf diese Zusammenhänge nicht hingewiesen worden. Der Erfolg ist die Verschleierung der Dinge vor dem Volke. Die bürgerlichen Parteien empfinden mehr Furcht als Liebe zur Demokratie. Sie folgen dem Zwange der Stunde. Das einzige, was sie so plötzlich zu Volksmännern macht, ist die Hoffnung, die Regierungsmaschine dem Agrarierum und der schweren Industrie aus der Hand zu winden und das Handels- und mittlere Industriekapital ans Ruder zu bringen.

Durchsichtig zeigt sich das bei der Aktion zur angeblichen Parlamentarisierung der Reichsregierung. Da stoßen die Interessen schon heftig aufeinander. Gemeinsam war allem, bis auf die butterweichen Fortschrittler, der Wunsch, den Kanzler zu stürzen. Einig war man

F. Sennewald!

sich darüber, daß Abgeordnete aus dem Block von Erzberger bis Scheidemann in die Regierung müßten. Aber über die realen Garantien für das Parlament ein wüßtes Durcheinander, über das Verhältnis von Reichstag und Bundesrat kein Wort. Dagegen tauchen schon die schürstigsten Pläne auf, um unseren überlasteten Verfassungskörper noch neue Glieder aufzupropfen. Nur um ein wirkliches parlamentarisch-demokratisches Regime zu vermeiden. Wie sollte auch die nationalliberale Partei, die Kapitalistenpartei par excellence, demokratisch sein können! Dem Frieden mit den Arbeitern traut sie schon lange nicht mehr.

Um die Verwirrung im neuen Block vollkommen zu machen und um ausdrücklich die Arbeiterschaft als treibende Kraft zu legitimieren, ist mit der Verfassungsfrage verknüpft worden. Da aber fällt die nationalliberale Partei schon aus dem Block heraus und die Zentrumsparlei steht dicht vor dem Umfall. Ohne ein einheitliches Friedensprogramm ist aber eine demokratische Regierung von vornherein ein Unding. Es stellt sich eben heraus, daß in Deutschland eine Herrschaft der kapitalistischen Klassen unter demokratischen Formen unmöglich ist, unmöglich, weil die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft zu stark entwickelt sind. Deshalb ist es auch symptomatisch, wenn sogar ein Blatt, wie das Hamburger "Fremdenblatt" mit Befriedigung vom Kanzlersturz Kenntnis nimmt und mit ebenso großer Befriedigung feststellt: Es handelt sich nur um einen Personenwechsel, beileibe aber um keinen Systemwechsel. Wieder kann es so kommen, wie bei den Verfassungskrisen von 1908 und 1910, wo kreisende Berge armselige Mäuslein gebaren.

Damit vergleiche man die breitspürigen Redensarten der sogenannten sozialdemokratischen Presse. Der "Vorwärts" jagelt von "friedlicher Umwälzung". Das Hamburger "Echo" stößt folgendermaßen in die Trompete:

"Das ist die Tatsache, daß bei uns der Krieg den energischen Anstoß dazu gegeben hat, die demokratischen Volksrechte weiter zu entwickeln. Dem lang bekämpften preußischen Dreiklassenwahlrecht ist das Todesurteil gesprochen; es wird durch das allgemeine gleiche Wahlrecht ersetzt werden. Die noch im Reichstagswahlrecht waltende Ungerechtigkeit wird abgebaut und die Entwicklung der innerpolitischen Ereignisse in den letzten Tagen scheint dafür zu bürgen, daß der Einfluß der Volksvertretung auf die innere und äußere Politik ein wesentlich größerer werden wird als er bisher war, daß wir uns dem parlamentarischen Regime mehr und mehr nähern, bei dem die Volksvertretung das entscheidende Wort über die Volksgeschicke zu sprechen hat. Es ist ein Stück wirklicher und wahrer Demokratie, das sich damit anbahnt und das wir Deutsche in unserer oft bespöttelten Gründlichkeit besser nutzen werden, als leider die Völker der "westlichen Demokratien" ihre demokratischen Einrichtungen bisher genutzt haben."

Dem hängt der Himmel voller Basken! Die Politik aber, die die Herren Sozialimperialisten treiben, ist kläglich genug. Nachdem sie jede selbständige Bewegung der Massen zu hintertreiben gesucht, greifen sie jetzt nach den Früchten der Bewegung, die trotz ihnen einsetzte. Es ist eine Existenzfrage für sie, irgend welche greifbaren Erfolge zu erzielen und da sie nicht mehr fähig sind, sich an die Kräfte der Arbeiterschaft zu wenden,

machen sie ein solches Geschrei, als seien sie die Helden des Tages, die Träger der Weltgeschichte. Aber schleunigst schrecken sie vor ihrem Müt zurück. Kein parlamentarische Erfolge sind kompromittiert, "kompromittierlich". Durch ihre Blockfreundschaft mit Erzberger, Spahn, Paasche, Bassermann usw. haben sie die Dresdener und andere Parteitage beschlüsse mißhandelt — man schämt sich der Notwendigkeit, das festzustellen.

Aber trotz des Zuredens von Stamper u. a. wagen sie, wie berichtet wird, doch nicht die Ministerpöfchen anzunehmen, die eigens für sie eingerichtet werden sollen. Warum? Weil sie fürchten, wieder einen Trupp Ge-treuer vor den Kopf zu stoßen, wenn sie zu deutlich auf einen Parteitagebeschluss pfeifen. Welch komisches Bild! Nach oben Bettler und Marquis Posa zugleich auf die Regierung einredend: Wir sind zwar vielleicht, wenn wir die Sache ganz genau bedenken, noch Republikaner, aber glauben Sie uns, daß die Monarchie durch den Parlamentarismus nur gewinnen kann! Nach unten flehen sie: Kinder, werdet doch nicht ungemütlich, ihr seht ja, daß wir mit beiden Füßen auf den Parteitagebeschlüssen herumtreten! Es kann sein, daß ihnen die Geschichte noch einmal gelingt, denn manche Leute haben für Komik so wenig Verständnis wie für die Schliche der Politik.

Und die Haaseaten? Sie sind von den Vorgängen völlig verdattert. Ihrem Zentralorgan, der "Leipziger Volkszeitung", war die ganze Sache zunächst nur ein "Sturm im Wasserglase". Zwei Tage später wurde sie zum "Eisgang des bürokratischen Regierungssystems, dessen Schollen über und durcheinandergeschoben dem offenen Meere zutreiben". Zunächst eine vollkommene Unterschätzung der Vorgänge, wahrscheinlich weil die Konkurrenz beteiligt war. Dann wieder die Ueberschätzung, weil der Blick allein auf die parlamentarische Bühne geheftet war. Von den treibenden Gewalten des "Eisganges" haben die Herren keine Ahnung. Es handelt sich hier um ein Manko des Willens wie des Intellekts. Sie wollen nicht handeln, deshalb versagt ihr Erkennen. Sie werden tun, was sie bisher taten: Sich freihalten von dem, was nach der Parteitradition bloßstellen könnte — sie halten immer noch krampfhaft ihre Jungfernschaft hoch, nachdem sie längst niedergekommen sind. Sie werden ausharren und im Reichstage eine sachgemäße Rede halten. Aber sie werden das nicht tun, wozu sie zuerst berufen sind.

Niemand braucht darum zu trauern. Verfassungsfragen sind Machtfragen. Das ist heute deutlicher als je. Selbst wenn die kapitalistische Gesellschaft aus der Furcht heraus den Willen empfing, die Fragen zu lösen, würde sich ihr ein ehernes Unmöglich! entgegenstemmen. Deshalb wird's weiter gehen.

## Die kleinen Nationen und die Landesverteidigung.

Der außerordentliche Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie, der im vorigen Monat in Bern tagte, hat mit 222 gegen 77 Stimmen eine Resolution gegen die Landesverteidigung gefaßt: (In der "Neuen Zeit" Nr. 14, Seite 322 abgedruckt.)

Die schweizer Parteigenossen haben im Weltkriege einen sehr wirklichen Anschauungsunterricht genossen.

Von der höheren Warte des neutralen Zuschauers bei dem Riesenkampfe der nationalen Kapitalistengruppen konnten sie unbestechlicher die Tatsachen ins Auge fassen und leichter die Konsequenzen ziehen, als diejenigen, die in die Wirnisse hineingeworfen waren. Außerdem haben es die schweizer Genossen mit einem national geteilten Volke zu tun, was die Klärung der nationalen Frage fördern konnte, und schließlich konnten sie von zwei Seiten eine Hineinziehung in den Weltkrieg befürchten. Das alles erleichterte ihnen die theoretische Selbstverteidigung, die sie über ihre anderen Kriegstagungen hinweg zu der Resolution geführt hat. Ob damit auch wirklich die Bedeutung der Resolution von ihren Anhängern aufgenommen worden ist, wird die künftige Politik der Partei zu zeigen haben.

Zunächst wird der Parteitagebeschluss auch in der Schweiz zu einer reinlichen Scheidung führen. Schon jetzt haben 8 von den 17 sozialdemokratischen Nationalräten, darunter auch der alte Greulich erklärt, daß sie sich auf eine grundsätzliche Ablehnung der Landesverteidigung und der Militärkredite nicht einlassen wollen. Robert Seidel, der wegen seiner Arbeiterschulpropaganda stark überschätzte Ideologe, ist aus der Partei ausgetreten.

In der Resolution heißt es u. a.:

... Auch der neutrale, demokratische Staat unterliegt bei der internationalen Verflechtung der Interessen der Bourgeoisien aller Länder den Einflüssen des Imperialismus und ist im Kriegsfall auf die militärische Hilfe mächtiger Bundesgenossen angewiesen, deren Zielen und Wünschen er sich unterzuordnen hat. Das demokratische Selbstbestimmungsrecht weicht dann der politischen und militärischen Diktatur der herrschenden Klassen, und der Verteidigungskrieg zum Schutze der Neutralität verurteilt den kleinen Staat zu der erniedrigenden Stellung eines Vasallen und unfreiwilligen Helfershelfers seiner Bundesgenossen. Krieg und Militarismus sind daher keine Mittel zum Schutze der Demokratie und der Neutralität. Auch in jenem Zwischenstadium, wo die Interessen der kriegführenden Mächte die Anerkennung und Respektierung der Neutralität des kleinen Staates gebieten, birgt der bewaffnete Grenzschutz für die Demokratie und die Neutralität nicht minder große Gefahren als die ihnen von außen drohenden. Bewaffneter Grenzschutz bedeutet: Uebergang der wichtigsten Volksrechte an die Regierung des Klassenstaats, Erziehung der parlamentarischen Verantwortlichkeit und der demokratischen Kontrolle durch die politische und militärische Diktatur der Organe der herrschenden Klasse, die in den wichtigsten Schicksalsfragen der Nation selbständig entscheiden, auch dann, wenn die unmittelbare Folge ihrer Politik der Krieg ist.

Diese Sätze über die Rolle der demokratischen, neutralen Staaten im Weltkriege werden trefflich gerechtfertigt durch ein Memorandum, das belgische Sozialpatrioten, der Revisionist Vandervelde und der frühere Radikale de Brouckere dem Stockholmer Komitee überreicht haben. Da es uns im Wortlaut nicht vorliegt, müssen wir leider nach einem Auszuge des "Vorwärts" zitieren. Es heißt darin:

Die Ententezialisten führen den Kampf gegen den stets kriegschwangeren Imperialismus unentwegt fort. Sie wollen diesen Krieg als Verteidigungskrieg von allen Eroberungs- und Unterdrückungstendenzen freihalten. Die belgische Regierung habe in ihrer Note an Wilson jede Eroberungspolitik abgelehnt und erklärt, daß Belgien nichts anderes anstrebt, als einen Frieden der gerechten Wiedergutmachung und Bürgschaften für die Zukunft. . . .

Als die wichtigste sozialistische Pflicht wird in dem Memorandum Vandervelde-Brouckere die Verteidigung gegen den deutschen Imperialismus und seine Führerschaftstendenzen erklärt. Sehr ausführlich wird unter scharfen Angriffen auf die deutsche Verwaltung Belgiens die Pflicht der Belgier zur Landesverteidigung auseinandergesetzt und der Burgfrieden gerechtfertigt. Der deutschen Parteimehrheit wird jedoch das Recht,

die gleichen Gründe geltend zu machen, bestritten. Die Verteidigung gegen einen imperialistischen Angriff forderte aber mehr als das bloße Zurücktreiben des Gegners über die Grenzen. Verträge könnten keine Sicherheit mehr gewähren; der dauerhafte Frieden könne nur mit demokratisierten Zentralmächten geschlossen werden. Die belgischen Sozialisten wollen nicht eine Zerstückelung Deutschlands oder Oesterreich-Ungarns, sie widerlegen sich auch einem künftigen Wirtschaftskrieg, aber Vorsichtsmaßregeln seien nötig, damit das Deutschland von heute sich nicht gegen die Menschheit wende.

Die Verfasser des Memorandums sind vollkommen blind gegen den englischen und französischen Imperialismus, der nicht minder angriffs-lustig ist als irgend ein anderer und dem sie unversehens sich und die belgische Arbeiterklasse zum Opfer bringen. Sie verfallen zugleich in einer völlig unhistorischen Ueberschätzung der bürgerlichen Demokratie, die bei Vandervelde freilich nicht über-rascht. Aber offenbar ist Hendrik de Man an dem Memorandum mit beteiligt, derselbe de Man, der in seiner Schrift "Het Tydperk der Democratie" (Die Epoche der Demokratie) alle kleinbürgerlichen Illusionen über die Bedeutung der Demokratie glänzend abgelehrt hat, um sich dann 1914 als Freiwilliger in den Dienst der Entente und damit auch des russischen Zarismus zu begeben. Stellen diese Leute die Forderung auf, daß sich an einer internationalen Konferenz niemand beteiligen dürfe, der gegenwärtig noch imperialistische Bestrebungen unterstützt, so schließen sie sich selbst davon aus. Denn in dem Wahne, ihr Vaterland gegen einen imperialistischen Angriff zu unterstützen, sind sie selbst zu Gladiatoren des Imperialismus der Entente geworden.

## In den Krallen des französisch-englischen Imperialismus.

Am 14. Mai verteidigte der Führer der russischen Sozialpatrioten Zeretelli auf dem Kongreß der Frontdelegierten seine Politik gegen die Angriffe Grigori Zinowjews, des Führers der Bolschewiki. Es wurde über die Veröffentlichung der imperialistischen Geheimverträge gestritten. Die Soldaten fragten, wann sie eigentlich erfolgen solle. "Bald, sehr bald, vielleicht in einer oder zwei Wochen", erklärte Zeretelli laut dem stenographischen Berichte. Und Herr Ribot, der Unterzeichner des französisch-russischen Vertrages, in dem sich die Republik der französischen Börsejobber die starken Arme der russischen Bauern vom Zaren für blankes Geld mietete, erklärte pathetisch von der Tribüne des französischen Parlamentes, daß demnächst alle Geheimverträge veröffentlicht werden. Man erwartete einen Bluff, die Veröffentlichung der allgemeinen Bündnisverträge, die natürlich — wie der im Jahre 1888 veröffentlichte deutsch-österreichische Vertrag — den Worten nach rein defensiv sind, während der wahre Inhalt der imperialistischen Geheimverträge in den militärischen und finanziellen Abkommen verborgen liegt.

Aber die sich so schön auf Regie verstehenden englischen und französischen Kapitalisten hielten es nicht einmal für nötig zu einer Schwindelgeste zu greifen. Die Verträge wurden nicht veröffentlicht und das ganze Resultat der diplomatischen Verhandlungen, der revolutionären Regierung Rußlands mit den Kabinetten von Paris und London, besteht in ihrer Zustimmung zu einer Konferenz, die im geeigneten Moment zusammentreten soll, um die Kriegsziele der Entente zu revidieren.

Wann diese Konferenz stattfindet, wie die russischen Sozialpatrioten es gedenken, auf ihr das Finanzkapital Englands und Frankreichs zum Verzicht auf die imperialistische Politik zu bringen, das alles bleibt ein Geheimnis.

Die Politik der russischen Sozialpatrioten, durch diplomatische Verhandlungen mit den Regierungen der Entente dem Frieden näher zu rücken, hat Schiffbruch gelitten. Es mußte so kommen. Nicht weil die revolutionäre Regierung Rußlands ohnmächtig der Entente gegenüber war. Selbst wenn sie auf diplomatischem Wege die französische und englische Regierung zu Friedensverhandlungen bewegen wollte, hatte sie Mittel dazu in der Hand. Würde sie fest erklärt haben, daß sie alle Verträge veröffentlicht, daß sie den Staatsbankrott erklärt, falls die Entente sich nicht an den Verhandlungstisch setzt, so würden schon heute die Friedensverhandlungen begonnen haben. Denn die Ententeregierungen hätten nicht nur die Gefahr gelaufen, daß ihr Proletariat sich gegen die enthüllte, demaskierte, imperialistische Raubpolitik wenden würde, sondern daß sie von einer Revolte des französischen Kleinbürgertums weggeschwemmt würden. Die russischen Anleihen befinden sich in Frankreich zum großen Teil in den Händen des Kleinbürgertums.

Die Kunde, daß sie alle um ihre ihnen, dank den Herren Ribot & Co., abgegaunerten Groschen gekommen sind, würde die französischen Kleinbürger rasend machen. Und was der Bauer, der Budiker vermag, wenn er um seine Ersparnisse gekommen, das weiß die französische Regierung gut. Warum wagten die Sozialpatrioten in der russischen Regierung diese Politik nicht, wenn sie sich schon entschlossen haben den Frieden auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen zu erstreben? Weil sie Gefangene der eigenen Kapitalisten sind! Sie wagten nicht die finanziellen Bedürfnisse der Revolutionsregierung durch Beschlagnahme der Banken, Zwangsanleihen zu decken, so müssen sie sich bettelnd an die Regierungen der Entente und die Finanz von Paris, London und Washington um Anleihen wenden. Triumphierend konnte die „Washingtoner Post“, das Organ Wilsons, und die Londoner „Morning Post“, die einflussreichsten Organe des englischen Imperialismus, mitteilen, daß sich die Russen bei der Unterzeichnung der Anleihe zur Offensive verpflichten mußten. Und wie sie heute dem Kapital nicht an den Krügen zu gehen wagen und deswegen das Blut der russischen Bauer und Arbeiter verpfänden, so wollen sie auch für die Zukunft dem russischen Kapital die Hilfe des amerikanischen, französischen und englischen sichern: und das ist die Kette, die sie an den Wagen der Entente bindet.

Rußland wird am Ende des Jahres über 50 Milliarden Rubel Kriegsschulden haben. Der Gedanke an die Zahlung, auch nur der Zinsen dieser Schulden, ist abenteuerlich, wie sich bisher kein Finanzmann gefunden hat, der gezeigt hätte, wie auch nur eine der kriegsführenden Mächte dem Staatsbankrott entgegen könnte. Aber Staatsbankrott bedeutet heutzutage eine tiefgreifende Kredit- wie allgemeine Krise. Darum werden sich die kapitalistischen Regierungen nicht dazu entschließen. Dies werden nur die proletarischen Regierungen tun können, die sich weigern werden die

Schulden des Imperialismus zu zahlen und denen die Revolution auch tausende Mittel in die Hand geben wird, um die durch den Weltkrieg und die Krise der Wirtschaft geschlagenen Wunden zu heilen.

Aber die russische Regierung ist keine proletarische Regierung: sie ist erstens die Regierung der Kapitalisten und ihrer Ideologen: sie flüchtet vor dem Gedanken an den Staatsbankrott, weil er ihr Ruin bedeutet; sie ist zweitens die Regierung des Kleinbürgertums und seiner viertel- bis halbsozialistischen Ideologen: für das Kleinbürgertum ist das Abschütteln der Kriegslasten und der Staatsbankrott ein Lichtschimmer der Rettung, weil sonst die Schulden die russische demokratische Republik den Finanzhaisischen ausliefern würden.

Der Kleinbürger schreckt vor revolutionären Maßregeln zurück, er glaubt nicht an die europäische Revolution, er hofft, daß doch das Großkapital der Entente irgendwie Meister der Lage wird, und weil er das annimmt, will er sich die finanzielle „Hilfe“ des Entente-kapitalismus sichern, um nicht ausschließlich auf Deutschland angewiesen zu sein. Und schließlich das Kleinbürgertum will besser die Last der Schulden tragen, sich von ihnen erdrücken lassen, als dem Staatsbankrott in die Augen zu schauen. Der Kleinbürger fürchtet furchtbar die „Schande des Bankrotts“.

Die Entente hält die russische provisorische Regierung fest in den Klauen. Und das russische Bauerntum, die Kleinbürger der Stadt, ein Teil des Proletariats vertrauen noch der provisorischen Regierung, in der sie ihre Vertreter haben: die Kerenski, Tschernow, Skobelew und Zeretelli. Die Entente forderte eine russische Offensive. Sie brauchte sie nicht nur aus militärischen Gründen als Mittel gegen die deutschen Heere, sie brauchte sie noch vielmehr gegen die eigenen Proletarier. Die „versuchte russische Revolution“ habe den Friedensgeist in den Massen der französischen Soldaten mehr gesteigert, als drei Jahre der Kriegsentbehrungen, klagte bitter der ehemalige Revoluzzer Herve in der „Victoire“.

Man mußte durch den blutigen Nebel der russischen Offensive das Bild des sich befreienden, um den Frieden ringenden Volkes verhüllen. Darum kam die Entente nicht nur mit dem Shylokemesser und dem Ruf: Geld oder Blut! Sie ließ auf die russischen Arbeiter die französischen, englischen und belgischen Sozialpatrioten los. Was die Wucherer nicht auspreßten, das sollten die Vandervelde, Thomas, Henderson erschleichen, ergaunern.

„Die Rettung der Demokratie, die Zertrümmerung des preußischen Militarismus“, alle die alten angeblichen Kriegsziele der Entente wurden der jungen, naiven, russischen Arbeiterklasse vorgehalten, um sie vor den Wagen der räuberischen Politik zu spannen. Sie zeigten das Märtyrium Belgiens, von dem kein Stein übrig bleiben würde, falls ein deutscher Rückzug erzwungen würde, um Mesopotamien, Arabien, Armenien, die afrikanischen Kolonien, all die wirklichen Kriegszwecke zu verhüllen. Aber alle diese Rünste würden nicht helfen, wenn das Proletariat und die Armee zu entscheiden hätten, ob sie eine Offensive wollen. Selbst die sozialpatriotischen Massen würden sich gegen sie entscheiden. Deswegen leugneten die Führer der russischen Sozialpatrioten das Bestehen der Offensive. Das russische Volk mußte überrumpelt werden. Deswegen veranstalteten sie da

Trommelfeuer gegen die Bolschewiks, damit man das Rollen der nach der Front transportierten Kanonen nicht vernehme.

Die konterrevolutionären Elemente rechnen darauf, daß die Offensive in jedem Falle ihre Stellung verstärkt. Endet sie erfolglos, dann ist die Revolution schuldig. Endet sie mit Erfolgen, dann wird sie die chauvinistische Stimmung in den Massen stärken. Wir sind sicher, daß sich die russische Konterrevolution verrechnet. Aber was keinem Zweifel unterliegt, ist die Tatsache, daß die Offensive den Glauben an die russische Revolution in den mittel- und westeuropäischen Arbeitermassen untergräbt. Das Bild der Revolution, die an der Schnur des englisch-französischen Finanzkapitals zappelt, wird den deutschen und österreichischen Sozialpatrioten helfen schnell über die Tatsache zur Tagesordnung überzugehen. Daß sich eben der österreichische Minister des Inneren, Graf Czernin, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also für die Politik der Gewalt ausgesprochen hat, wird das Vertrauen der Massen zur russischen Revolution, als Vorkämpfer des Friedens unterhöhlen, wird die französischen und englischen Proletarier verwirren und so den Tag des Friedens verzögern.

Aber darum eben ging es den Hintermännern, die die Offensive betrieben haben, wenn sich die Kerenskis und Zeretellis keine Rechnung davon gaben, daß sie Puppen in den Händen des amerikaniß-englisch-französischen Kapitals sind.

## Holland in Not.

Ueber Holland weht ein scharfer Wind. Streiks im Rotterdamer Hafen, auf den Amsterdamer Werften und im limburgischen Kohlenbecken, Hungerdemonstrationen, Kartoffelstürme, Aufgebot des Militärs gegen die Demonstranten, Tote und Verwundete, Proklamierung eines eintägigen Proteststreiks. Eine Situation von stark revolutionärem Charakter.

Wie andere neutrale Länder haben auch die Niederlande schwer unter den Folgen des Weltkrieges zu leiden. In vielen Berufen herrscht schon während der ganzen Kriegsdauer eine starke Arbeitslosigkeit. Die Erschwerung der Einfuhr und Ausfuhr nach den kriegführenden Ländern haben im Lande Teuerung und Mangel an den notwendigsten Lebensmitteln hervorgerufen, so daß das Volk hungert. Durch die militärische Rüstung der sogenannten bewaffneten Neutralität ist dem Volke eine schwere Last aufgebürdet worden. Dagegen machen die Kapitalisten fast durchweg die glänzendsten Geschäfte.

Diese Zustände haben im Volke eine außerordentlich erregte Stimmung hervorgerufen. Sie manifestierte sich bereits am 15. Juni bei den Parlamentswahlen, die in einer Reihe von Bezirken vorgenommen wurden. Für diese Wahlen hatte die imperialistische, vaterlandsvertheidigende „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“, unter der Führung Troelstras, die verführerische Parole der Neuorientierung des allgemeinen Wahlrechts ausgegeben. Von Grund aus reformistisch hatte sich diese Partei nach Unterstützung im bürgerlichen Lager umgesehen und sie bei den Klerikalen, den eifrig im Bunde mit den Liberalen heiß befehdeten, gefunden. Das Programm dieser Neuorientierung entsprach den zweifelhaften Qualitäten der Ehe zwischen der sozialistischen Reformpartei

und den Ultramontanen. Es tastet weder die Erste Kammer noch die Rechte der Monarchie an. Es stärkt die Staatskirche wie den Militarismus und rührt nicht an der gewerkschaftlichen Entrechtung der Staatsarbeiter. Es fördert die Flotten- und Kolonialpolitik. Bei der Wahl, für die sich die beiden verbündeten Parteien den alten Besitzstand gegenseitig garantiert hatten, verließen die Anhänger der alten Arbeiterpartei in hellen Haufen ihre Führer. Dagegen hatten die revolutionären Sozialdemokraten einen über Erwarten großen Erfolg, den sie unter der antiimperialistischen Parole der Demobilisation des Heeres und der sozialen Parole des Ausfuhrverbots errangen. Die jahrelange unentwegte Arbeit unserer holländischen Freunde trägt ihre Früchte.

Gleich nach der Wahlschlacht brach der Streik im Rotterdamer Hafen aus. Streikursache ist die furchtbare Arbeitslosigkeit, die nun schon drei Jahre lang anhält. Während den Reedereien durch die hohen Frachtsätze Riesengewinne in den Schoß flossen, sind die Arbeiter der Armenpflege anheimgefallen, das heißt, sie hungern mit Weib und Kind. Seit Januar sind die Gewerkschaften gegen diesen Zustand durch Petitionen und Verhandlungen angegangen. Als Mindestforderung wurde die Basis einer Einigung in Amsterdamer Hafen aufgestellt, welcher den Hafenarbeitern einen Garantielohn von 17 bis 18 Gulden bietet. Statt dieses Zugeständnisses wurden die Arbeiter herausgefordert durch eine Neuregelung des Unterstützungswesens, die unter der Firma der Erhöhung der Sätze vielen Arbeitern die Unterstützung entzog. Da kam es im Mai zu großen Protestversammlungen. Die Arbeiter entschlossen sich zum Kampf, sie warteten nur die Gelegenheit ab, die mit einem Konvoi englischer Schiffe kam. Am 18. Juni brach der Streik aus, der in kurzer Zeit den ganzen Hafen stilllegte. Das wirkte Wunder, die Unterstützungskommission wurde ausgeschaltet, die Regierung lernte das Arbeiten und schon am 21. Juni waren die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Es wurde eine Regelung getroffen, die noch besser ist, als die im Amsterdamer Hafen.

Fast gleichzeitig mit den Hafenarbeitern legten die Bergleute im südlimburgischen Kohlendistrikt die Arbeit nieder. Dieses Kohlenbecken, das vor dem Kriege nur einen geringen Teil des niederländischen Bedarfs deckte, hat während des Krieges eine große Bedeutung für die Wirtschaft des Landes erlangt. Abgesehen von den Staatsgruben ist das Becken fast ganz in den Händen des deutschen und belgischen Kapitals. Die Arbeitsverhältnisse sind außerordentlich traurig: zu lange Arbeitszeit, Akkordarbeit, Wagenmullen, schlechte sanitäre Einrichtungen, Löhne, die angesichts der Teuerung vollkommen unzureichend sind. Die Arbeiter stellten eine Reihe Forderungen auf, darunter die Hauptforderungen: Achttundentag und Minimallohn. Die Unternehmer wiesen diese Forderungen glatt ab unter dem Vorwand, daß der holländische Bergbau damit nicht mehr konkurrenzfähig sei. Sie rechneten mit dem Verrat der christlichen Gewerkschaft und dem Verjagen der zahlreichen internierten Belgier sowie den Deutschen und Polen, mit deren Hilfe der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte. Die Rechnung ist falsch gewesen. Ein großer Teil der christlichen Arbeiter ist dem Beschele der Verbandsleitung nicht gefolgt und mit in den Streik

eingetreten. Die Belgier haben sich ebensowenig einschüchtern lassen, wie die Deutschen und Polen. Der erste Streik der limburgischen Bergarbeiter ist mit großem Glanz durchgeführt worden.

Regierung und Bergkapital haben alle Gewaltmittel ins Treffen geführt, um die Arbeiter niederzuschlagen. Den Belgiern wird mit den Konzentrationslagern gedroht. Deutsche und Polen wurden aus dem Kohlengebiet ausgewiesen. Das Streikpostenstreben ist so gut wie verboten. Gendarmerie und Militär sind in großen Massen herangezogen worden.

Bergarbeiterstreiks haben von vornherein stark politischen Charakter. Wie dieser Streik seinen Ausbruch sicherlich der anfeuernden Wirkung der russischen Revolution verdankt, so mußte die Revolution von 1905 überhaupt erst das Eis für so gewaltige Fluten wie die Massenkämpfe der Bergarbeiter brechen. Sie war es, die den ersten deutschen Kohlenstreik seit 1889 auslöste, der bis dahin für deutsche Verhältnisse ungekannte Massen ins Feld führte. Sie war es auch, die die Begeisterung weckte für die große syndikalistische Achtstundebewegung des 1. Mai 1906 in Frankreich, an der 70 000 Bergarbeiter teilnahmen. Wie bedrohlich diese Bewegung für die Regierung wurde, beweist die Tatsache, daß im Kohlenbezirk allein 25 000 Mann Militär konzentriert wurden, wodurch es zu schweren Zusammenstößen kam. Ein gewaltiger Vorstoß kam dann wieder 1912. In England streikten über eine Million Bergleute und erreichten nach siebenwöchigem Kampfe die Einführung des gesetzlichen Minimallohnes. In Sibirien brachen die Kämpfe im Lenagolddistrikt aus, die zu den Massakres führten, wobei 270 Arbeiter getötet und 250 verwundet wurden.

Der Krieg hat dann einstweilen diesen Massenbewegungen ein Ziel gesetzt.

Die Vorgänge in Holland lehren, daß in Zeiten der Hochspannung eine Entladung der anderen folgt. Wir erwähnten schon, daß die Ausfuhrpolitik der Regierung eine große Lebensmittelknappheit hervorgerufen hat. Das führte zu einem Sturm auf Schiffe, die mit Kartoffeln für England im Amsterdamer Hafen lagen. Dann folgten Versammlungen und Demonstrationen. Und unterm 4. Juli berichtet W. T. B. von großen Unruhen in Amsterdam, bei denen Polizei und Militär mit Schutzmassen einschritten, 4 Männer getötet und eine große Anzahl verwundet wurden. Daraufhin sind 1000 Werftarbeiter in den Streik getreten und die Dockarbeiter, Eisenbahner und Straßenbahner drohen mit dem Ausstand. Die Regierung, mit der die alte Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Troelstra) verbündet ist, gießt Öl ins Feuer. Sie darf sich nicht wundern, wenn die Flamme durch den Giebel bricht.

## Aus unserm politischen Tagebuch.

9. Juli.  
Der neue Kaiser von Oesterreich hat eine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen vom Hochverrat an erlassen. Es gibt drei Arten der Enthasung politischer Sträflinge. Zunächst ist da der einfache Gnadenakt der Krone bei besonderen Gelegenheiten. Seine politische Bedeutung liegt in der absoluten Freiwilligkeit, die gerade die Macht des Herrschers und seiner Regierung zum glänzenden Ausdruck bringt. Die Gegner der Regierung sind so schwach, daß ihnen sogar Geschenke gemacht werden dürfen.

Anders die eigentliche Amnestie, die ein großes Zugeständnis an die Gegner bedeutet und die Zusage einschließt, daß mit der bisherigen Politik, die als gescheitert anzusehen ist, gebrochen werden soll. Sie bedeutet eine Siegesetappe der Regierungsgegner. Um eine solche Amnestie handelt es sich in Oesterreich. Das beweist schon das Toben der Nationaldeutschen. Durch die Amnestie wird eingestanden, daß die österreichische Nationalitätenpolitik gescheitert ist und daß mit ihr nunmehr gebrochen werden soll. Die dritte Möglichkeit liegt dann vor, wenn das Volk das alte Regierungssystem vollkommen zerbricht. Das haben wir in Rußland erlebt.

10. Juli.

Eine ungeheure Aufregung herrschte nach den Zeitungsmeldungen gestern im Berliner Wallotbau. Wilde Gerüchte, Verhandlungen innerhalb der Parteien, Geschacher zwischen den Parteien, allgemeine Nervosität, alle Gedanken, alle Hoffnungen, alle Befürchtungen konzentriert auf die Regierungssache. Und im Sitzungssaal redet endlos lang Herr Hoch über Gemüse. Das Gemüse steht auf der Tagesordnung, er hat also ein Recht, darüber zu sprechen. Und das Gemüse ist gewiß eine nützliche Sache, wer wollte es leugnen! Mag draußen eine alt Welt zusammenbrechen, Herr Hoch redet von Gemüse. Er hat ein Recht dazu, denn die Mühe seiner Materialsammlung soll doch wohl nicht umsonst gewesen sein. Die Regierungsvertreter sitzen wie auf Kohlen und seufzen. Was der Tag morgen bringt? Hin und wieder schnappen sie einen Satz vom Gemüse auf und notieren ihn. Hin und wieder schaut ein Abgeordneter verstoßen herein: Gott sei Dank, er redet noch! Wir können also weiterschachern. Herr Hoch redet von Gemüse, während draußen das Volk sein politisches Interesse auf die Verfassungs- und Friedensfrage konzentriert in der Ueberzeugung, daß eine gründliche Lösung dieser Fragen auch sämtliche Gemüsefragen lösen wird. Aber Herr Hoch hat Recht. Ein biederer Parlamentarismus muß Ordnung kennen und da heißt es: Erst das Gemüse, dann die Weltgeschichte! Aber vielleicht tun wir Herr Hoch Unrecht. Die sogenannte Sozialdemokratie war ja auch eifrig bei der Kultivierung der Gemüse. Doch wo waren die Unabhängigen? Sahen sie nicht ihre Pflicht, jetzt, wo die Verfassungsfrage in Fluß gekommen ist, die Debatte darüber zu provozieren und zu erzwingen, die Forderungen des Volkes aufzustellen, rücksichtslos den Hintergrund der Machenschaften der bürgerlichen Parteien von Erzberger bis Scheidemann aufzuhellen und von der einzigen Tribüne aus, die es noch gibt, das Volk in die Schranken zu rufen? Sie taten nichts, weil ihnen, den gemiegten Parlamentariern, die Geschäftsordnung im Wege war. Seit etwa zehn Jahren schon hören wir das Lied. Sie taten nichts, weil sie nichts wollten.

11. Juli.

Der Wahlkreis Teltow-Beeskow, bekanntlich der Hauptstich der ehemaligen Spartakusgruppe, hatte in einer Generalversammlung Ende März beschlossen, der in Gotha neu zu gründenden Partei nur dann beizutreten, wenn die Spartakusgruppe darin ihre eigene Sonderexistenz, insbesondere volle Aktionsfreiheit gegen die Politik der Arbeitsgemeinschaft behalten dürfe. Diese Bedingung ist, wie man weiß, in Gotha auch gestellt, aber glatt abgelehnt worden. Die Haaleuten haben nach dieser Seite hin mehr Rückgrat und Weitblick bewiesen als gegen die Scheidemänner. Sie haben eingesehen, daß eine Partei nicht existieren kann, deren einer Teil beständig die Bestrebungen des andern durchkreuzt, und haben den Spartakusleuten klipp und klar erklärt: entweder ihr tretet bei, dann habt ihr euch den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen; oder ihr wollt das letztere nicht, dann bleibt draußen.

Die Bedingung, welche die Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow gestellt hatte, ist also nicht erfüllt. Demnach wäre es Pflicht des Kreisvorstandes gewesen, alsbald nach der Gothaer Konferenz eine neue Generalversammlung zu berufen und ihr die Frage vorzulegen, ob sie nun trotzdem der neuen Partei beitreten wolle. Das ist aber nicht geschehen. Ja, es ist den Mitgliedern überhaupt kein Bericht über die Gothaer Tagung erstattet worden, und in der in Berlin erscheinenden Presse ist auch keine erschienen. Die Mitglieder wissen also tatsächlich gar nicht, was in Gotha vorgegangen ist. Inzwischen aber hat der Vorstand, ohne die Mitglieder zu befragen, stillschweigend den Anschluß an die neue Partei der „Unabhängigen“ vollzogen.

Das ist derselbe Kreis, der im vorigen Jahr eine kleine Palastrevolution machte, weil der damalige, aus Scheidemanns jüngerer bestehende Vorstand eigenmächtig ohne Befragen der Mitglieder handelte. Man sieht, die Wirtschaft geht genau im alten Gleise weiter, und die neuen Personen haben von der Demokratie ungefähr dieselbe Auffassung wie die im vorigen Jahr beiseitigten.

## Feuilleton

### Eine imperialistische Utopie.

Die steigende wirtschaftliche und politische Bedeutung der Vereinigten Staaten von Nordamerika während des Weltkrieges offenbart sich auf mannigfache Art: Munitionslieferungen an den Bohnenverband; Abschüttelung europäischer Verschuldung, dagegen Vermittlung englischer und chinesischer Anleihen durch die Börse von Newyork; steigender politischer Einfluß der Rüstungsindustrie in der Union selbst und dadurch bewirkte kräftige Entwicklung des amerikanischen Imperialismus. Selbst die Friedensnoten des Präsidenten Wilson, nicht zuletzt veranlaßt durch die Lage in Ostasien, sind ein Zeichen politischer Macht der Union, mit deren wirtschaftlichen Konkurrenz nach Kriegeschlus alle ersten Wirtschaftspolitiker in den alten Industriestaaten Europas besorgt rechnen.

Dieses Problem der kommenden kapitalistischen Oberherrschaft der Vereinigten Staaten ist das Thema eines eigenartigen Romans, der kürzlich unter dem Titel: „Das Weltreich und sein Kanzler“ vom Verfasser des „Fenriswolf“ veröffentlicht wurde.\* Der ungenannte Dichter hat schon im „Fenriswolf“ eine intime Kenntnis finanzkapitalistischer Unternehmungen großen Stils bewiesen und meisterhaft den Kampf um den Besitz der norwegischen Wasserkraft entwickelt, denen internationale Bankengruppen und das norwegische Kapital im Bunde mit der Bureaukratie führen, mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen. Dabei gelingt dem Autor eine seltene Objektivität der Darstellung der verschiedenen Gruppen und Klassen, die nicht zuletzt in der Wahl seiner künstlerischen Mittel begründet ist. Der „Fenriswolf“ und „Das Weltreich“ sind eine Sammlung von Geschäfts- und Privatbriefen, Telegrammen, vertraulichen Berichten und Referaten und Artikeln aus der Tagespresse aller Richtungen. Durch diese Selbstzeugnisse von Personen und Gruppen wird nicht nur eine scharfe Charakteristik erzielt, sondern der Gegensatz von öffentlicher Kundgebung und privater Aeußerung der gleichen Person entschleierte auch die wirklichen Motive der Handelnden, während das Absehen von allem Nebenwichtigen den wirtschaftlichen Mechanismus unserer Zeit ungewöhnlich veranschaulicht. Die führenden Personen erscheinen als ihrer historischen Rolle mehr oder weniger bewusste Träger wirtschaftlicher Kräfte. Der öffentliche Kampf dieser streitenden Klasseninteressen enthüllt sich nur zu oft in seinen Schlagworten und Argumentationen als eine historische Maskerade.

Dies gilt vor allem vom Kampf des amerikanischen Kupfer-Milliardärs Frederick Vanbrugh um die Beherrschung des Weltkapitals durch das konzentrierte und straff organisierte amerikanische Trustkapital. Dieser Kampf wird angeblich geführt, um ein Reich des Weltfriedens zu gründen, um einen „wirtschaftlichen Absolutismus“ zu errichten, der alle wichtigen Industrieländer sich unterwirft, sodas ein Krieg unnötig, ja zwecklos wird. Die Vereinigten Staaten haben diesen Ultra-Imperialismus zum Siege zu führen, unter Ausnutzung des europäischen Kapitals durch den Weltkrieg. Daher muß dieser Krieg fortdauern, um die Gegner dieser Weltbeherrschung des Zentralkartells zu ruinieren und die Kraft der amerikanischen Finanzmagnaten zu stärken, dessen Vermögen durch die völlige Beherrschung des Kupfermarktes infolge einer geschickten und rücksichtslos durchgeführten Transaktion laminenartig wächst.

\* Das Weltreich und sein Kanzler. Vom Verfasser des Fenriswolf. Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1917. 165 S. Geh. Mk. 3.50, gebunden Mk. 4.80.

Zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, zur Bekämpfung der Friedensbewegung, zur Neutralisierung trübsüchtiger Strömungen in den Kreisen der Farmer, Kaufleute und Kleinkapitalisten bedient sich der Milliardär des begabten Ideologen, des Quänten und Nationalökonom Frank S. Dobb. Dieser imperialistische Theoretiker hat zuerst den Gedanken der finanzkapitalistischen Weltbeherrschung Amerikas formuliert, jenen Plan entwickelt, der den Milliardär Vanbrugh faszierte und zu energischem Handeln trieb. Als aber Dobb vor den Folgen seiner in die Wirklichkeit umgesetzten Gedanken graut, als er sich zurückzieht und sogar, getrieben durch die Liebe zu einer amerikanischen Ärztin, die als Krankenschwester an der deutschen Front weilt, versucht, die Kreise des Trustgewaltigen zu stören, wird er unschädlich gemacht. Ein „brauchbarer“ Ironenarzt interniert den Lästigen in einem Sanatorium. Noch leichter wird das Kapital mit der ethischen Friedensliga fertig, deren Vorsitzende die Frau des Kupferkönigs ist. Mit leiser Ironie wird das Wesen dieses bürgerlichen Pazifismus mit sportlich und sentimental Untertönen in den Briefen der Milliardärin gespiegelt.

Sie macht ihrem Gatten mancherlei Schwierigkeiten durch die Veröffentlichung von Dobb's Programmchrift, verläßt sogar das Haus Vanbrugh's, aber wie vorauszusehen, verfährt sie sich bald, da der schlaue Finanzmann ihre Eitelkeit, mit einem Weihnachts-schiff voll Spielzeug für die Kinder in den kriegführenden Ländern ködert:

„Was ich ich Dir schreiben wollte: Frederick hat mir drei Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Du kannst nicht raten zu welchem Zweck! Ich soll zu Weihnachten ein großes Schiff voll von Kuchen und Spielsachen hinüber nach Deutschland schicken für die armen Kinder, deren Väter im Felde stehen. Er hat den englischen Gesandten angewiesen, dieses Schiff frei passieren zu lassen. Der Gesandte ist nämlich bei uns zu Besuch, um zu erreichen, daß sein Attache von unserer Verwaltung besser behandelt wird. Ist das nicht ganz wundervoll! Es gibt keinen Mann, der Frederick gleichkäme, — der so in der Seele seiner Frau zu lesen versteht. Ich habe schon ein großes Bureau eingerichtet, in dem unter einem Sekretär über 20 junge Mädchen arbeiten. Mit allen Fabriken und Geschäften für Spielwaren stehe ich in Verbindung. Ich weiß nicht, wo ich vor Arbeit hin soll. Dir schenke ich diese gute Nachricht zuerst. Setze sie in Deutschland in die Zeitung. Hier in Amerika werde ich sie in allen Zeitungen gleichzeitig veröffentlichen. Ich werde die bekannteste Frau in den Staaten sein. . .“

Schwieriger ist es, den Widerstand und den Argwohn anderer Kapitalistengruppen zu überwinden. Seine Preßfehde mit Enthüllungen über die wahre Rolle Dobb's, den man in die Leitung der Farmerorganisation geschmuggelt hat, läuft doch endlich günstig aus. Dobb verschwindet in der Verenkung und unter Leitung eines unbekanntem Agenten des Kupfertrustes arbeitet auch diese zur Trustbekämpfung gegründete Vereinigung unter kluger Verwendung einer von Dobb geprägten vermittelnden Formel zu Nutz und Frommen des nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und geistig übermächtigen Finanzkapitals.

Die Stimme des Sozialismus, die im „Fenriswolf“ zuweilen ertönt, fehlt im „Weltreich“ vollständig. Es soll wohl die geringe Macht des amerikanischen Sozialismus angedeutet werden oder dem Verfasser ist die sozialistische Presse der Union nicht genügend bekannt. Ein Artikel aus dem „Appeal to reason“ (Appell an die Vernunft) hätte das Bild abgerundet, das im Roman vom amerikanischen Wirtschaftsleben in großen Strichen gezeichnet wird. Das weitverbreitete sozialistische Wochenblatt fehlt im Chorus der Preßstimmen.

Wie gut der Verfasser die Logik imperialistischer Entwicklung kennt, zeigt der Ausblick auf einen Krieg zwischen der Union und

Japan, mit dem der Briefwechsel schließt. Der Gedanke vom kapitalistischen Weltreich des Friedens wird durch die Tatsachen widerlegt. Die Folgerichtigkeit der Wirkungen finanzkapitalistischer Unternehmungen führt zu immer neuen Kriegsmöglichkeiten. Der Bankdirektor Deuridge, der Verbündete Vanbrugh's, muß zum Schluß folgenden Aktionsplan unterbreiten, nach dem die Beherrschung von Kupfermarkt und Presse völlig gelungen:

„Es ist mir ein schwacher Trost, daß ich nur ganz selten so misfamtig an Sie zu schreiben brauchte, wie es heute geschieht. Leider ist weder an der Londoner Börse, noch an einer anderen Stelle, dem Kapital beizukommen, daß die japanische Kriegsindustrie finanziert. Offenbar sind die Japaner die einzigen, die begriffen haben, daß sie das Kapital, dessen Dienste sie sich verschrieben haben, internieren müssen, wollen sie ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht sicher bleiben. Da man sich dem Kapital der Mittelmächte im Kriege noch, jedenfalls aber später auf Gesehtsweite wird nähern können, bleibt als letzter und größter Feind unserer Pläne Japan übrig, das, wie Sie in Ihrem Schreiben ja andeuten, auch den Generalnennern für Rußland und China darstellt. Rußland hat durch seine Teilnahme am europäischen Kriege bereits jede Selbstständigkeit verloren. Aber vielleicht ließe sich China bei reichlicher Kapitalunterstützung (gegen Konzeptionen selbstverständlich), zu einem Waffengang gegen Japan werden. Veranlassung hat es ja genügend. Japan wäre dann an allen Waffenlieferungen nach Rußland und damit an aller wirtschaftlichen Ausbreitung gehindert. Wenn China in diesem Kampfe unterliegen würde, so wäre doch Japan genügend geschwächt, um durch einen Einspruch der Staaten an der Realisierung seines Sieges verhindert zu werden. Inzwischen müßte selbstverständlich der europäische Krieg weiter dauern und Japans Freunde so erschöpfen, daß sie ihm keine Hilfe gegen uns bieten könnten. Vor allen Dingen aber muß den verfluchten technischen Leistungen der Deutschen — die Bilanz des Weltgeschehens droht durch sie verhehrt zu werden — die Energie abgeschnitten werden.“

Darauf antwortete das personifizierte Kapital, Frederick Vanbrugh:

„Nun behalten Sie kühles Blut: Wir müssen in spätestens 4 Wochen Japan in einen Krieg mit China verwickelt haben. Und spätestens in der gleichen Zeit muß Deutschlands Tauchbootkrieg aufgehört haben. Seien Sie froh: Wir haben diese beiden nahen Ziele, und wir setzen jetzt Macht und Kraft bis zum allerletzten ein, um sie zu verwirklichen! Erreichen wir sie, so gelingt unser großes Werk!“

In diesen Briefen wird die Utopie des „dauernden Friedens“ auf kapitalistischer Grundlage besser gekennzeichnet, wie durch lange theoretische Ausführungen. Natürlich handelt es sich hier um eine dichterische Erfindung, die vorhandenen Strömungen und weltpolitischen Situationen zu einer spannenden Handlung, nicht frei von romanhaften Konstruktoren, benutzt. Das Bild der ruhelos rücksichtslosen Arbeit des Finanzkapitals, seiner Methoden und Mittel, seinen wirtschaftlichen und politischen Aktionen, das der ungewöhnlich sachkundige Verfasser gibt, ist lebensecht und selten anschaulich. Die Lektüre des Romans sei dem weltpolitisch interessierten Arbeiter empfohlen.

Der starke Eindruck von der Macht des Finanzkapitals, das ja nicht nur in Amerika zu Hause ist, wird den Leser zum Studium weltpolitischer Fragen anregen und in ihm den Gedanken festigen, daß der ersehnte Friede im Interesse der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung Europas liegt. Neues Gesamtinteresse wird aber nicht von einzelnen Kapitalistengruppen vertreten, sondern es ist die geschichtliche Aufgabe des internationalen Proletariats, im Kampf gegen das Finanzkapital die wirtschaftliche Zukunft der Menschheit zu sichern. Demokratischer Sozialismus gegen wirtschaftlichen Absolutismus von Kartell und Bank!

## Ein Zwiegespräch.

Von Iwan Turgenjef.

Die höchsten Gipfel der Alpen. . . Eine ganze Kette steiler Felsenhänge. . . Mitten im Herzen der Gebirge.

Ueber den Bergen ein blaßgrüner, heller, stummer Himmel. Durchdringende heftige Kälte; fester, funkelnder Schnee; und aus dem Schnee empor ragen finstere, eisbedeckte, wetterumbraute Felszacken.

Zu beiden Seiten des Horizonts erheben sich zwei ungeheuere Riesen: Die Jungfrau und das Finsteraarhorn.

Und die Jungfrau spricht zu ihrem Nachbar: „Was hast du mir Neues zu sagen? Du kannst deutlicher sehen. . . Was geht da unten vor?“

Einige Tausend Jahre rauschen vorüber: eine einzige Minute. Und zur Antwort donnert das Finsteraarhorn: „Dichte Wolken verhüllen die Erde. . . Warte!“

Wiederum schwinden Jahrtausende: eine einzige Minute.

„Nun, und jetzt?“ fragt die Jungfrau.

„Seht seht ich; dort unten ist noch alles wie es war: buntschneekügelig und klein. Blaue Wasser, schwarze Wälder und graue aufgehäufte Steinmassen. Und um dieselben herum wimmelt es noch immer von Käferchen — weist du, von jenen Zweifelhäutern, die noch nicht ein einziges Mal weder dich noch mich zu beschmutzen vermochten.“

„Sind das die Menschen?“

„Ja, die Menschen.“

Tausende von Jahren vergehen: eine einzige Minute.

„Nun, was jetzt?“ fragt die Jungfrau.

„Es scheint, die Käferchen haben sich vermindert,“ donnert das Finsteraarhorn; „es ist da unten heller geworden; die Wasser haben sich zusammengezogen, die Wälder sind gelichtet.“

Abermals ziehen Tausende von Jahren dahin: eine einzige Minute.

„Was siehst du jetzt?“ sagt die Jungfrau.

„Um uns herum, hier in der Nähe scheint es rein geworden zu sein,“ antwortet das Finsteraarhorn; „allein dort in der Ferne, in den Tälern bemerke ich noch immer Flecke, seht ich wie früher sich etwas bewegen.“

„Und jetzt?“ fragt die Jungfrau nach weiteren Jahrtausenden — einer einzigen Minute.

„Jetzt ist alles gut,“ antwortet das Finsteraarhorn; „wohin ich auch blicke, überall ist es vollständig weiß und rein. . . Allüberall unser Schnee, Schnee und Eis. Alles ist erstarrt. Jetzt ist es ruhig und gut.“

„Gut,“ wiederholt die Jungfrau. „Doch nun genug geschwätzt, Alter. Jetzt müssen wir schlafen.“

„Schlafen.“

Und die Bergriesen schlafen; und es schläft der grüne helle Himmel über der auf ewig verstummten Erde.

Februar 1878.

Statuen und Galgen stehen in politischen Stürmen nahe aneinander, und mancher ist schon gegangen, der eine Bürgerkronen verdient hätte.

### Berichtigung.

Unser Druckfehlerheftel ist satirisch geworden. Er wirft den Unabhängigen kichernd ein „Monopol an Mut zur Konsequenz“ vor, wo wir von einem Mangel an Mut sprechen wollten. Wenn der kleine Kobold selbst die Herren nur noch ironisch nimmt, dann müßten sie die Arbeiter doch endlich auch richtig einzufächeln lernen.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

# Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 30

Erscheint wöchentlich einmal. Int. Institut Bremen, den 28. Juli 1917  
Redaktion u. Expedition: Soc. Geschiedenis  
Amunderstraße Nr. 23

Einzelnummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

## An die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen!

Die historischen Notwendigkeiten vollziehen sich mit eherner Konsequenz und überraschender Schnelligkeit. Als die linksradikalen Ortsgruppen Bremen und Hamburg am 5. Mai in unserem Blatte einen Aufruf zur Gründung von Ortsgruppen erließen, erklärten sie: „Die Gruppe „Internationale“ hat, mag sie sich gebärden, wie sie will, durch den Zusammenschluß mit dem Parteizentrum ihre organisatorische Selbstständigkeit aufgegeben. Sie ist, nachdem sie geistig von allem Anfang versagte, nun auch organisatorisch von der Führung der Linksradikalen zurückgetreten.“ Was damals eine rein logische Schlussfolgerung war, heute ist es offenbare Tatsache. Und mehr noch hat sich erwiesen, damals konnten Hoffnungsreiche noch erwarten, daß die Gruppe „Internationale“ durch kraftvolles Drängen im neuen Rahmen, wenn auch wieder auf dem Wege zerfleischender innerer Kämpfe, die Orientierung der Arbeiterklasse fördern werde. Die Hoffnungen sind elend zu schanden geworden. Organisatorisch hat die Gruppe „Internationale“ wiederum und notwendigerweise versagt, indem ihre allmächtigen Führer die um ihre Gruppenselbstständigkeit kämpfenden Ortsgruppen im Stiche ließen. Damit hat die Gruppe „Internationale“ ihre Selbstständigkeit, die sie sich in der alten Partei aus eigenem Recht geschaffen, in der neuen Organisation aufgegeben und sich damit um jeden politischen Einfluß gebracht. Politisch ist ihr Versagen total. Nichts zeigt dies deutlicher als ihre Stellung zur Stockholmer Konferenz. Nach anfänglicher Absage an diese Konferenz der Sozialpatrioten eine vollkommene nur notdürftig bemäntelte Unterwerfung unter die Unabhängigen, die in Stockholm der Zimmerwalder Linken eine glatte Absage erteilten und die pazifistische Illusion des Verständigungsfriedens zur Plattform rein parlamentarischer Diplomatenkunst erhoben. Kaum ein Vierteljahr hat die Gruppe „Internationale“ an den Folgen ihrer Selbstentmannung in Gotha laboriert. Die Gruppe „Internationale“ ist tot.

Die Tatsachen haben die Entwicklung mächtig gefördert. An vielen Orten haben sich nach dem Hamburg-Bremer Aufruf linksradikale Ortsgruppen gebildet, zahlreich, jeden Pessimismus besiegend, sind die Zustimmungsschreiben, die bei uns eingelaufen sind. Die solide Grundlage für die Internationale Sozialistische Partei Deutschlands ist da. Eine Anzahl Genossen sind zu einem Aktionskomitee zusammengetreten, um die ersten Schritte für die Konstituierung der Partei zu unternehmen. Sie maßen sich keine Rechte an, denn nicht als neue Führerpartei kann das deutsche Glied der neuen Internationale entstehen. Sie wollen nur die nötigen Handreichungen tun, wo ein neues politisches Wesen zum Leben drängt. Deshalb fordern sie alle Gruppen auf, schleunigst die Frage der Gründung einer neuen Partei, ihr Programm, ihre Organisationsform zu besprechen und bis spätestens Mitte August ihre Vorschläge an die Redaktion der „Arbeiterpolitik“ einzureichen. Die Genossen, welche keiner Ortsgruppe angeschlossen sind, werden aufgefordert, im selben Sinne mitzuarbeiten. Das vorläufige Aktionskomitee wird das eingegangene Material sammeln und dann schnellstens die weiteren Schritte vornehmen. So, aus der Zusammenarbeit aller gleichgesinnten Elemente, wird eine Partei entstehen, kampffähig und tatkräftig zur Erfüllung der großen Aufgaben, die die Zukunft und die Gegenwart schon von der deutschen Arbeiterklasse heischt.

### Das Aktionskomitee.

### Inhalt:

An die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen	Seite 225
Ein Hornberger Schießen	225
Das Spiel von Stockholm	227
Der Fortgang der russischen Revolution	229
Die Offensive und die Stockholmer Friedenskonferenz	230
Ein Brief Lenins an den Bauernkongreß	232

## Ein Hornberger Schießen.

Freude war in Trojas Hallen, eh' die stolze Feste fiel! Wiedergeburt des gesamten politischen Lebens Deutschlands, jubelte es durch den Blätterwald, demokratisches Wahlrecht, parlamentarisches Regime und der holde

Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Schon war der Sieg errungen, schon waren die moralischen Eroberungen eingeholt. Aus der engen Brust entrang sich das Manneswort: Sire, geben Sie Demokratie, und Bürgerglück wird dann versöhnt mit Fürstengroße wandeln! Und sie bekamen ihren Herzog Alba, ihr Opfer. Bethmann ging! Der Jubel ging in Delirieren über. Alles war erreicht.

Eh' die hohe Feste fiel! Dann kam der neue Kanzler, ohne das Parlament gefragt zu haben. Ein Bürokrat, in des Geschäftsgangs dreißigjährigem Trott eingelaufen. Ein Mann ohne politische Vergangenheit. Ein Mann ohne Programm. Die Minister aber sitzen noch auf ihren Sesseln und kein David hat sich ihnen